

V-3 Für eine vorausschauende, evidenzbasierte und grundrechtsorientierte Sicherheits- und Kriminalpolitik

Gremium: Landesausschuss
Beschlussdatum: 16.10.2024
Tagesordnungspunkt: TOP 5 Weitere Anträge

Antragstext

1 Der Landesausschuss fordert die Mitglieder des Bundestags von BÜNDNIS 90/DIE
2 GRÜNEN Landesverband Berlin auf, für eine vorausschauende, evidenzbasierte und
3 grundrechtsorientierte Sicherheits- und Kriminalpolitik zu sorgen. Die Eingriffe
4 des Staates in die bürgerlichen Freiheitsrechte müssen stets gut begründet und in
5 ihrer Gesamtwirkung betrachtet werden. Flächendeckende Videoüberwachung und den
6 Einsatz von biometrischer Erfassung zu Überwachungszwecken lehnen sie ab. Das
7 Recht auf Anonymität sowohl im öffentlichen Raum als auch im Internet wird durch
8 sie verteidigt.

9 Allgemeine Überwachungspflichten, Maßnahmen zum Scannen privater Kommunikation
10 und eine Identifizierungspflicht lehnen sie ab. Gemeinsam mit den Ländern soll
11 die Sicherheitsarchitektur in Deutschland einer Gesamtbetrachtung unterzogen und
12 die Zusammenarbeit der Institutionen für die Sicherheit der Menschen effektiver
13 und wirksamer gestaltet werden.

14 Den Einsatz der globalen Zivilgesellschaft für digitale Bürgerrechte
15 unterstützen sie und fordern ein Völkerrecht des Netzes.
16

17 Der im Rahmen des Entwurfs der Ampel-Fraktionen für ein Gesetz zur Verbesserung
18 der inneren Sicherheit und des Asylsystems (Bundestags-Drucksache 20/12805 vom
19 09.09.2024) sowie des Antrags der Länder Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg
20 und Schleswig-Holstein (Bundesrats-Drucksache 464/24 vom 25.09.2024) geplante
21 Ausschluss von Sozialleistungen für sogenannte Dublin-Fälle ist evident
22 verfassungswidrig und verstößt gegen die Beschlusslage von Bündnis 90/Die Grünen
23 auf Bundesebene (Europawahlprogramm 2024, S. 103). Jeder Mensch hat ein
24 Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums.
25

26 Darüber hinaus bekräftigen wir unsere Forderung als Landesverband Berlin nach
27 einem ausdrücklichen gesetzlichen Verbot von Racial Profiling (LDK-Beschluss vom
28 04.05.2024). Die im Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der inneren
29 Sicherheit und des Asylsystems enthaltenen Vorschläge für erweiterte Befugnisse

30 etwa der Polizei Berlin zur Durchführung anlassloser Kontrollen in Waffen- und
31 Messerverbotzonen sehen wir kritisch, da anlasslose Kontrollen erwiesenermaßen
32 in besonderem Maße anfällig sind für willentliches oder unwillentliches Racial
33 Profiling.